

Schriftliche Stellungnahmen zur GEW-Podiumsdiskussion „50 Jahre Berufsverbote“

am 8. Juni 2022 im Gewerkschaftshaus Nürnberg

Marcus König (*Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, CSU*)

Unsere Demokratie stärken, unsere Demokratie verteidigen: Das ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft, auch ich will meinen Teil dazu beitragen. Dieses Ziel hatten sicher auch Bund und Länder, als sie den „Radikalenerlass“ Anfang 1972 beschlossen. Konkret sollte verhindert werden, dass politische Extremisten in den öffentlichen Dienst gelangen. Die konkrete Vorgehensweise – Regelabfragen beim Verfassungsschutz über politische Tätigkeiten – machte Bewerberinnen und Bewerber zu Verdächtigen und brachte sie in die Situation, ihre Unschuld zu belegen. Was für eine Umkehr der Beweislast!

50 Jahre nach dem ‚Radikalenerlass‘ wissen wir, dass das Vorgehen untauglich und nicht rechens war – und sicher hat es den Glauben vieler Menschen in die Demokratie geschwächt und erschüttert. Wir wissen heute, dass damit Lebenswege und -wünsche zerstört wurden.

Dieses Kapitel deutscher Geschichte sollte dringend aufgearbeitet werden, auch damit sich so etwas nicht wiederholt. Das Vertrauen in die Demokratie muss gestärkt werden; das geschieht auch dadurch, dass Fehler aus der Vergangenheit als solche bezeichnet und aufgearbeitet werden.

Hermann Imhof (*2003-2018 Mitglied des Bayerischen Landtags, CSU*)

Es steht für mich außer Frage, dass unser Staat mit großer Entschiedenheit und wehrhaft die demokratischen Werte Deutschlands schützt und verteidigt.

Mit Sorge sehe ich, wie stark derzeit radikale Kräfte - insbesondere rechte- unsere Demokratie bedrohen und auszuhöhlen versuchen.

Den damaligen Radikalenerlass betrachte ich allerdings als Irrtum. Selbst im Bemühen, die seinerzeitige Intention nachzuvollziehen, war dieser von Beginn an eine ‚Fehlkonstruktion‘. Freiheitsrechte, wie die der individuellen Berufswahl einzuschränken, standen und stehen in keinem Verhältnis zu der ursprünglichen Intention. Mit dem Radikalenerlass wurden Lebenspläne vieler Menschen - ich kenne einige- zerstört und damit auch Vertrauen in unsere Demokratie geschwächt.

Daraus muss der Staat für die Zukunft lernen und solche Fehler vermeiden.